Stephan Cezanne

Kritik von Christian Staffa

Der Antisemitismus-Experte Christian Staffa hat den Beschluss des Weltkirchenrates scharf kritisiert, Israel wegen seiner Politik gegenüber den Palästinensern als Apartheidssystem zu bezeichnen. Der Apartheidsvorwurf sei einfach falsch, sagte der christliche Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Christen und Juden beim Deutschen Evangelischen Kirchentag. Es gebe sehr unterschiedliche Lebenswirklichkeiten von Palästinensern in der Region. Im Staat Israel »gibt es keine Rassentrennung«. Der Zentralausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) hatte Israel auf seiner Tagung vom 18. bis 24. Juni im südafrikanischen Johannesburg mit diesem Begriff verurteilt.

Der Apartheidsvorwurf sei »nicht belegbar«, fügte Staffa hinzu, der auch Antisemitismus-Beauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Studienleiter an der Evangelischen Akademie zu Berlin ist. So seien zum Beispiel viele Ärzte und Pflegekräfte in Israel Palästinenser. Auch die Situation in der Westbank rechtfertige rechtlich nicht den Apartheidsbegriff. Das sei eine kritikwürdige Besatzung, aber keine Apartheid. Auch in Ramallah gebe es keine Rassentrennung, sondern eine palästinensische Autonomiebehörde. Auch die Situation in Gaza habe mit Apartheid nichts zu tun.

Das aktuelle Statement widerspreche zudem dem Beschluss der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Karlsruhe von 2022, des nur alle acht Jahre tagenden höchsten ÖRK-Gremiums. Es sei institutionell nicht zu verstehen, »warum ein Zentralausschuss sich über das Votum einer Vollversammlung hinwegsetzen kann«, sagte Staffa.

Man könne eine Erklärung zu dieser Frage vor allem nicht ohne Kritik an der Hamas verfassen: »Der erste Bruch des Völkerrechts ist auf jeden Fall der Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023«, sagte Staffa. Man könne die israelische Politik kritisieren, aber auch die Hamas verhindere, dass humanitäre Hilfe ins Land kommt.

Kritik auch an Bedford-Strohm

Staffa kritisierte in diesem Zusammenhang die Aussage des Weltkirchenrats-Vorsitzenden und früheren EKD-Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm, dass Jüdinnen und Juden in aller Welt »wegen des Handelns der israelischen Regierung antisemitischen Angriffen ausgesetzt sind«. Staffa: »Das ist ein Satz, den kann man nicht sprechen. Das ist Täter-Opfer-Umkehr.« Diasporajuden hätten sehr unterschiedliche Positionen zu Israel. Sie werden laut Staffa nicht als Israelis, sondern als Juden drangsaliert: »Und nicht, weil Netanjahu so böse ist, sondern weil es eben diese antisemitische Stimmung gibt.«

Der ÖRK-Zentralausschuss hatte in Johannesburg in einer einstimmig beschlossenen Erklärung gefordert, dass die »Realität der Apartheid beim Namen« genannt wird. »Wir erkennen und verurteilen das System der Apartheid, das Israel dem palästinensischen Volk auferlegt und damit das Völkerrecht und das moralische Gewissen verletzt«, erklärte das zweithöchste Leitungsgremium. Der ÖRK umfasst derzeit rund 350 Mitgliedskirchen mit weltweit mehr als 580 Millionen Christen. Die katholische Kirche ist nicht Mitglied, arbeitet mit dem Weltkirchenrat aber zusammen.

Quelle: www.juedische-allgemeine.de
1.7.2025

EKD Stellungnahme zur Erklärung des ÖRK

Die Erklärung des ÖRK-Zentralausschusses zu Palästina und Israel relativiert in ihrem Titel den Beschluss der Vollversammlung des ÖRK vom September 2022, demzufolge Israel nicht als Apartheidstaat bezeichnet werden solle. Diese Relativierung kann die EKD nicht teilen. Die EKD hält an ihrer Positionierung von 2022 fest, dass der Begriff „Apartheid" die komplexe Realität in Israel und den palästinensischen Gebieten nicht in geeigneter Weise beschreibt. Der Begriff entstammt dem spezifischen historischen Kontext des südafrikanischen Systems der gesetzlich verankerten rassistischen Trennung und Unterdrückung. Eine Übertragung dieses Begriffs auf die Situation in Israel und den besetzten Gebieten greift aus unserer Sicht zu kurz und trägt nicht zu einer sachgerechten und verantwortlichen Debatte bei.

Unrecht und Leid durch die fortgesetzte Besatzung des Westjordanlandes und den Krieg in Gaza müssen benannt werden. Die EKD tritt für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts ein und fordert eine Lösung, die Sicherheit und Rechte für alle Menschen in der Region gewährleistet. Kritik an konkreten politischen Entscheidungen und militärischem Handeln Israels ist legitim, sie muss jedoch eingebettet sein in ein Bewusstsein für die Komplexität der Lage und die besonderen historischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen des Staates Israel.

Zugleich ist differenziert auf die unterschiedlichen Lebensrealitäten palästinensischer Menschen hinzuweisen. Die Hamas repräsentiert nicht „die Palästinenser". Sie trägt mit ihrem brutalen Angriff vom 7. Oktober 2023 eine Hauptverantwortung für die Eskalation des Krieges, unterdrückt die eigene Bevölkerung im Gazastreifen und behindert systematisch die Versorgung mit humanitärer Hilfe.

Quelle EKD 4.7.2025